

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erst erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Einzelgenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Seite. — Schluss der Einzelgenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Das Betriebsrätegesetz im Reichstag

Die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes im Reichstag hat einen blutigen Auftakt erfahren. In Bestreben, das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern und Propaganda für den russischen Arbeiter, die Rätebildung nach russischem Muster zu betreiben, boten die unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten die Massen auf, um vor dem Reichstag zu demonstrieren. Wir haben gewiß in den letzten Jahren vor dem Krieg manche Massendemonstration in uns gesehen. Es wurde für allerhand Dummheiten vorwiegend gegen das preussische Klassenrecht. Wenn diese Demonstrationen sich damals nicht ereigneten und es nicht zu Gewalttätigkeiten kam, dieses auf die stabilen Ordnungsverhältnisse zurückzuführen und daß man es statt mit hungrigen Massen Menschen zu tun hatte. Wer heute die Massen auf die Straße bietet, muß wissen, daß dieses gefährliches Spiel mit dem Feuer ist. Die meisten Grundlagen, die der Achtung vor dem Gesetz der Ordnung sind erschüttert, der revolutionäre Geist noch lebendig. Wo er sich zu beruhigen vermag, wird er von gewissenlosen Agitatoren immer neue geschürt. Die Berliner Unabhängigen und Kommunisten haben eine ungeheure Schuld auf sich geladen. Sie hofften, politische Geschäfte zu machen. Gegenteil haben sie erreicht. Unter Ausbleitung der Mittel wurden die Massen vor dem Reichstag versammelt. Wer das derzeitige Berliner Publikum und die zahllosen Verbrecher, die sich darunter befinden, nicht mit Bestimmtheit damit rechnen, daß es Gewalttätigkeiten kommen würde. Es wurde letzteren durch die Aufhebung des Belagerungszustandes erleichtert. Wir glauben zu wissen, daß die preussische Regierung wie auch ein Teil der Reichsregierung nicht für diese Aufhebung war; daß vielmehr auf gewisse Versprechungen unabhängiger Agitatoren hin erfolgte. Wir finden es unbegreiflich, auf die Versprechungen dieser Führer auch nur das geringste Gewicht zu legen; zumal es notorische Tatsache ist, wie wohl das Berliner Publikum aufhören, aber nicht beruhigen. Gätte der Belagerungszustand bestanden, hätte es nicht zu den Gewalttätigkeiten kommen können. Mit unmenschlicher Geduld hat die Reichstagsgebäude beschützende Sicherheitswehr Schimpfungen und Beschimpfungen der fanatisierten Massen über sich ergehen lassen. Erst als die Gewalttätigkeiten der Masse die Erfüllung des Reichstages unmöglich stellten, machten sie von der Waffe Gebrauch. 42 Tote und über 100 Verwundete zu beklagen fällt die Schuld dafür ausschließlich auf die unabhängigen und kommunistischen Führer zurück. Wäre die fanatisierten Massen gelungen, den Reichstag zu stürzen, wäre es sicher zur Ausrufung der Räte gekommen; und was dann gefolgt wäre, vermögen wir in seinem ganzen Umfang nicht zu ermessen. Kann mit den Opfern dieser Demonstration das tiefste Mittel haben, aber auch dieses hat Grenzen. Wer sich in die Gefahr begibt, kommt um. Wer vor dem Reichstag demonstriert und die Ereignisse vom letzten Jahr vor Augen hielt, muß wissen, daß es ohne Gewalttätigkeiten nicht abläuft. Wenn sich die Massen von gewissenlosen Agitatoren vor die Hintertür drängen lassen, müssen sie die Konsequenzen übernehmen.

Die Vorgänge in Berlin hat man mit den Vorfällen im Reich im Zusammenhang zu bringen. In Baden und Emden kammen die Streiks auf, die revolutionären Charakter nicht verleugnen können, auch ein großer Teil der Beteiligten des Streiks für wirtschaftliche Forderungen zu kämpfen. Dahinter stehen wissen genau, welche politischen Ziele damit erstreben. Was weiter sind es die verschiedenen Zweige, von denen das wirtschaftliche Leben Deutschlands abhängt, die Eisenbahn und der Bergbau. Auf dem Unabhängigen Parteitag in Göttingen wurde das Wort geprägt: Wer die Eisenbahn hat, hat die Hand an der Gurgel des Staates. Diesen Grundsatz haben die unabhängigen und kommunistischen Propagandisten. Ihr Ziel ist noch wie

vor das Chaos. Steht Handel und Wandel still, wird die Lebensmittelzufuhr unterbunden, dann wächst der Hunger und das Elend ins Ungemessene. Die Arbeitslosigkeit greift immer weiter um sich. Die Verzweiflung treibt die Massen auf die Straße und aufs Land. Der Bürgerkrieg, der Zusammenbruch ist dann fertig.

Keine verantwortliche Regierung kann dieser Entwicklung noch weiter zusehen. Es muß durchgegriffen werden und zwar mit aller Schärfe. Die Arbeitseinstellungen sind zu unterbinden, ganz gleich auf welchem Wege. Wenn es um das Leben von 60 Millionen geht, kann der Eigensinn irgend einer Gruppe, der sich mit dem falschen Schein von Freiheit drapiert, nicht mehr ausschlaggebend sein. Zuerst das Leben des Volkes, dann erst alles übrige. Zumal die berechtigten wirtschaftlichen Interessen dabei nicht in Gefahr kommen, vielmehr durch Schiedsinstanzen der Ausgleich gefunden werden kann. Unter allen Umständen müssen die Arbeitseinstellungen unterbunden werden, sonst müssen wir zugrunde gehen.

Nach diesen allgemeinen Darlegungen kommen wir auf unser eigentliches Thema „Das Betriebsrätegesetz“ zurück. Das heilumkämpfte Gesetz ist verabschiedet. Von rechts und von links ist heftig dagegen angekämpft worden. Von der rechten Seite wird behauptet, daß es unser wirtschaftliches Leben ruiniere, daß es nicht dem sozialen Frieden diene, sondern den Kampf fördere. Gewiß kann man über die Wirkung eines Gesetzes keine bestimmten Voraussetzungen machen. Wir dürfen aber daran erinnern, daß bei allen großen sozialpolitischen Entscheidungen die gleiche Behauptung aufgestellt worden ist. Unter der Wirkung dieser Behauptung ist manches, was unbedingt notwendig war, unterblieben. Von unserer sozialen Versicherung ist dauernd behauptet worden, sie untergrabe den Arbeitswillen, verweichliche das arbeitende Volk und begünstige die Rentenpsychopathie. Die notwendige Arbeitslosenversicherung konnte deshalb nicht Gesetz werden, weil befürchtet wurde, es könnte der eine oder andere die Unterstützung zu Unrecht beziehen und unser Wirtschaftsleben könnte diese Lasten nicht tragen. Heute müssen wir diese Unterlassungen doppelt und dreifach bezahlen. Wir glauben mit gutem Grund annehmen zu dürfen, daß auch die Befürchtungen, die an das Betriebsrätegesetz geknüpft werden, sich nicht erfüllen. Das läge ja am allerwenigsten im Interesse der Arbeiterschaft selbst. Ihr muß es doch in erster Linie darauf ankommen, daß unser Wirtschaftsleben, unsere Industrie sich wieder erholt und zur höchsten Blüte gebracht wird, weil das soziale Leben der Arbeiter mit dem Stand unseres Wirtschaftslebens steigt und fällt. Ihr Bestreben geht nur darauf hinaus, im Arbeitsprozeß eine ihren Interessen entsprechende Vertretung zu besitzen und einen größeren Einfluß auf die Entwicklung selbst nehmen zu können. In diesem Willen liegt die Befriedung, selbst an dem Gebieten unseres Wirtschaftslebens mitzuarbeiten, es zur höchsten Blüte zu bringen, nicht aber es zu ruinieren. Der Reichstag hat sich in seiner großen Mehrheit für diese Auffassung entschieden, und wir wollen hoffen, daß das Gesetz zum Segen für die Allgemeinheit ausschlägt.

Noch heftiger wie von rechts wurde das Gesetz von links, von den Unabhängigen und den hinter ihnen stehenden Kommunisten und Spartakisten bekämpft. Es darf bemerkt werden, daß die Vertreter der Unabhängigen an den Kommissionsberatungen den herabgesetzten Anteil genommen haben, daß sie aber nun so sehr im Mienum des Reichstages reden und das Gesetz in Grund und Boden verdammen. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Dort, wo für die Öffentlichkeit geredet wurde, erhoben sie ihre Angriffe; wo es sachliches zu leisten gab, waren sie nicht da. Diese Herrschaften sind von ihrem Wahne nicht zu heilen. Sie erstreben nun einmal die „Diktatur“ des Proletariats, einseitige Klassenherrschaft nach russischem Muster. Damit kann man nicht rechnen. Hier gibt es nur den einen entschlossenen Willen, der Demokratie für Freiheit zu verteidigen. Wenn Demokratie heißt Volksherrschaft bedeutet, so soll nicht eine Klasse über die andere herrschen, sondern das Volk in seiner Gesamtheit soll seine Geschicke bestimmen. In einer demokratischen Verfassung der unabhängigen Klassen, das heißt

stehend die Volksozialisierung, ist nicht zu denken. Wer diesen Versuch machen wollte, würde die Interessen der Arbeiter am allerschwersten schädigen. Daher müssen diese Absichten rundweg abgelehnt werden, da sie weder dem deutschen Arbeiter noch dem deutschen Volke dienen.

Das Betriebsrätegesetz ist verabschiedet. Auf die Einzelheiten werden wir in ausführlicher Weise zurückkommen. Nun gilt es, von dem Gesetz den Gebrauch zu machen, der der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit am besten dient. Es war ein blutiger Auftakt zu dem Zustandekommen des Gesetzes, den verbrecherischer Fanatismus gegeben. Tragen wir dazu bei, daß das Gesetz zum Segen für die deutsche Arbeiterschaft ausschlägt.

## Die Aussichten des Baugewerbes

Die Lage des Baugewerbes ist zurzeit eine absolut ungeläuterte. Dieser Zustand besteht seit Jahr und Tag, und es läßt sich nicht voraussehen, wann diese Klärung eintritt. Es hängt dieses mit dem allgemeinen Zustand unseres Wirtschaftslebens zusammen, von dem das Baugewerbe sich nicht loslösen läßt. Unser gesamtes Wirtschaftsleben ist krank. Solange dieser Zustand anhält, kann nicht ein einziges Gewerbe eine Ausnahme davon machen.

Als feststehende Tatsache haben wir zu buchen, daß das Baugewerbe ein außerordentlich großes ist. Die Wohnungsnot in den Städten nimmt immer größere Dimensionen an. Die Ursachen sind im allgemeinen bekannt. Während des Krieges hat der Wohnungsbau fast gänzlich geruht. Notwendige Reparaturen konnten nicht ausgeführt werden. Das ganze Baugewerbe wurde auf die Kriegesbedürfnisse eingestellt.

Mit dem Zurückfluten der Millionenheere wurden große Ansprüche an den Wohnungsmarkt gestellt. Die Zahl der Hochschlüssen hat in ganz gewaltigem Umfang zugenommen. Dazu kommen die großen Zahlen der Rückwanderer aus den ehemals deutschen Gebieten im Osten und Westen unseres Vaterlandes. Auch aus den fremdländischen östlichen Ländern ist eine starke Zuwanderung zu verzeichnen. Die Behörden sehen sich außerstande, den gestellten Ansprüchen an den Wohnungsmarkt zu genügen und verschärfen sich die unergiebigen Verhältnisse immer mehr.

Nach wie vor ist die Wiederbelebung des Baugewerbes eine Material- und Geldfrage. Der Materialmangel ist so außerordentlich groß, daß auch nicht im entferntesten den Ansprüchen genügt werden kann. Dieser Mangel wiederum ist eine Folge des Kohlenmangels. Von unseren 17 000 Siegeleiten sind noch keine 2000 im Betrieb. Die Zement- und Kalkindustrie ist nur zu einem ganz geringen Prozentsatz beschäftigt. Solange wie der Kohlenmangel besteht, ist auf eine Besserung dieses Zustandes nicht zu hoffen. Jede Verminderung der Kohlenproduktion trifft in erster Linie mit dem Baugewerbe. Neben der Kohlenfrage ist es eine Transportfrage. Die jetzigen Streiks im Bergbau und bei der Eisenbahn sind geeignet, den Kohlenmangel wiederum zu verschärfen.

Natürlich ist es auch die Verteuerung der Baumaterialien, die der Entwicklung des Baugewerbes hinderlich im Wege steht. Das Tausend Ziegelsteine ist heute unter 120-150 M nicht mehr zu haben, gegen 25-35 M vor dem Kriege. Neuerdings sind die Zementpreise wiederum erhöht worden, und zwar um 50 M für 1000 Kilogramm. Diese Preisentwicklung ist nicht abgeschlossen, sie folgt vielmehr dem Zuge der allgemeinen Preisentwicklung in Deutschland. Auch die Arbeitskräfte sind dauernd im Steigen begriffen. Sie stehen unter dem Druck der Verhältnisse, weil fast bei allen Gewerkschaften die den Lebensunterhalt gefährdet erscheint. Das materielle Wohlbefinden wird dadurch zur Zurückhaltung gezwungen.

Die Unversichertheit der Bauarbeiter hat dem Baugewerbe die größte Zurückhaltung auf Erden eingebracht.



daß sie nicht genügend umgelernt hat. Sie hat in dieser Hinsicht viel nachzuholen; manche ihrer Illusionen müssen noch fallen. Geschicht das nicht rechtzeitig, werden später bittere Erfahrungen dazu zwingen — dann aber unter herben Schicksalsschlägen."

Diese Warnung und Mahnung trifft insbesondere auch für die Erwartungen zu, die viele Sozialdemokraten glauben hinsichtlich einer Volksozialisierung hegen zu dürfen. Die Sozialdemokratie muß heute einsehen, daß ein Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft etwa auf der Grundlage ihres sozialmarxistischen Programms eine glatte Unmöglichkeit ist, daß sie heute nur erfolgen kann unter den praktischen Gesichtspunkten der Wirtschaft, wie sie sich nach Lage der Dinge und unter Rücksicht aller reinen Politik ergeben. Nur ein solcher Aufbau führt wieder zur Höhe, politische Experimentiererei um so sicherer in den Abgrund!

### Gerichtliches

**sk. Muß der Unternehmer auch bei Alford arbeiten für die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften Sorge tragen?** Ein Laedema des Reichsgerichts vom 5. Januar 1920. Leipzig, 7. Jan. Bekanntlich können die Berufsgenossenschaften bei Unfällen von dem Unternehmer Ersatz der gezahlten Entschädigung verlangen, wenn letzterer durch eigene Fahrlässigkeit den Unfall verschuldet. In dem folgenden Rechtsstreit handelte es sich nun darum, ob der Unternehmer auch dann für die Einhaltung der Sicherungsmaßnahmen verantwortlich ist, wenn die Arbeiter in Alfordlohn tätig sind. Man könnte dies bezweifeln, da in einem solchen Fall die Leute nicht eigentlich als Angestellte betrachtet werden können; es liegt nämlich kein Dienst-, sondern ein Werkvertrag vor. Gleichwohl hat das Reichsgericht auch hier die Verantwortung des Unternehmers gebilligt. Die Einzelheiten waren folgende: Die Firma K. in Duisburg hatte eine Maschinenhalle für die Augsburg-Nürnberg-Maschinenfabrik gebaut und mit dem Auftrag der Decke, an sich eine schwierige Arbeit, welche gewisse Vorkenntnisse erforderte, die Anstreicher N. und B., welche im Alford arbeiteten, betraut. Diese stellten zunächst ein Gerüst her, dessen Material N., Geschäftsführer der Firma K., zur Verfügung gestellt hatte. Sie legten zwei Leitern in einer Höhe von 16 Meter über die 10 Meter voneinander entfernten Pfosten der Halle und banden sie an diese mit Seilen fest. Wierzu Lage ging alles gut, doch machte N. die Leute gelegentlich darauf aufmerksam, daß das Gerüst ihm nicht sicher scheine. Am 16. Dezember ereignete sich dann ein schwerer Unfall. Bei dem Versuch, einen mit Kalk gefüllten Kibel hinaufzuführen, brachen die Leitern durch und die beiden Anstreicher stürzten in die Tiefe. N. starb im Krankenhaus, während B. mit Verletzungen davontam. Die Rheinisch-Westfälische Baugewerkschaft in Elberfeld, welche den Schaden zu tragen hatte, verklagte den K. auf Ersatz, da er nicht für genügende Sicherheit des Gerüsts gesorgt habe. Das Landgericht Duisburg wies diese Klage ab; es nahm an, daß die Leute, welche nicht im Dienste des K. gestanden, sondern im Alford gearbeitet hätten, selbst für ihre Sicherheit sorgen mußten. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte dagegen den K. und zwar aus den nachstehenden Gründen: Die Berufsgenossenschaft hat festgestellt, daß die Anstreicher im Dienste der Firma K. standen. An dieser Feststellung sind die Gerichte gebunden. Im übrigen ist erwiesen, daß das Gerüst ordnungswidrig gewesen war. Die Leitern standen an den Enden nur 25 Zentimeter über, während die Vorschrift 50 Zentimeter verlangt. Die Distanz betrug 10 Meter; die Vorschrift erlaubt aber nur 4,50 Meter. Ferner waren die Seile ohne Schutz um das Eisen gelegt, so daß sie sich leicht durchscheuern konnten. Endlich fehlten sowohl Brust- wie Rückenlehne. Es ist klar, daß dem Beklagten diese Ordnungswidrigkeiten nicht verborgen blieben. Er mußte auch wissen, daß die Leitern schadhast und stellenweise mit Draht geflickt waren. Er hätte unter diesen Umständen darauf dringen müssen, daß das Gerüst verstärkt wurde. Der Beklagte hat sich aber mit einem kurzen Hinweis begnügt und ist dann weggegangen, ohne sich darum zu kümmern, ob die Leute seine Ermahnung auch befolgten. In diesem Verhalten liegt eine Auserachtlassung der Berufspflichten des Beklagten, welche für den Unfall ursächlich gewesen ist, und eine strafbare Handlung im Sinne der §§ 223, 230 St. G. B. (Körperverletzung) darstellt. Der Klage war deshalb stattzugeben. Diese Entscheidung wurde vom Beklagten mit der Revision angefochten, vom Reichsgericht aber bestätigt (Mitschriften VI. 346/19.) Dr. jur. E. Stammoth

### Bücherschau

**„Deutsche Arbeit“, Monatschrift für die Bekämpfung der christlich-nationalen Arbeiterschaft** Der Bezugspreis unserer wissenschaftlichen Zeitschrift, der „Deutschen Arbeit“, hat infolge der dauernden Preissteigerungen der Druckkosten auf jährlich 12 M erhöht werden müssen. Das Unerschwingliche, das im letzten Jahre nur mit erheblichen Zuschüssen aufrechterhalten wurde, wird damit wieder auf eine gesunde finanzielle Grundlage gestellt. Die Erhöhung bedeutet tatsächlich nicht mehr als die Anpassung an die Eigenkosten. Die „Deutsche Arbeit“ wird in bekannter Festsetzung weitergeführt, nach Möglichkeit sogar noch weiter ausgebaut.

### Markenverband \*)

(Schluß.)

#### Bezirk München.

Mugsburg: für 1919: 150 zu 80/20; für 1920: 200 Eintrittsm., 2000 zu 90/30, 1000 zu 100/40, 1000 zu 110/30, 2000 zu 110/40, 100 Jugendm. zu 20 und 300 zu 30 Pf., 400 Lokalm. zu 50 Pf. — Mötting: für 1920: 200 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Burghausen: 200 zu 90/30, 50 Jugendm. zu 30 Pf. — Füssen: für 1920: 30 zu 100/30, 50 zu 110/30. — Ingolstadt: für 1920: 200 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Kaufbeuren: für 1919: 25 zu 70/30. — Memmingen: für 1920: 600 zu 90/30, 600 zu 100/30, 100 Jugendm. zu 30 Pf. — Regensburg: für 1920: 600 zu 110/30. — Mühldorf: für 1920: 100 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Rothalmünster: für 1920: 100 zu 90/25.

#### Bezirk Münster.

Borghorst: für 1920: 500 zu 100/50, 1500 zu 110/50. — Coesfeld: für 1919: 50 zu 90/40; für 1920: 100 zu 50/10, 300 zu 90/50, 300 zu 100/50, 507 zu 110/50. — Dülmen: für 1919: 6 Jugendm. zu 20 Pf. — Emsdetten: für 1920: 50 Eintrittsm., 200 zu 70/20, 1000 zu 110/50, 1000 zu 110/60, 200 Jugendm. zu 20 Pf. — Greven: für 1920: 20 Eintrittsm., 200 zu 90/40, 400 zu 110/50, 400 zu 110/60. — Haren (Ems): für 1920: 20 Eintrittsm., 200 zu 90/50, 400 zu 100/50. — Ibbenbüren: für 1919: 50 Eintrittsm., 100 zu 90/40; für 1920: 50 Eintrittsm., 200 zu 90/50, 400 zu 100/50, 600 zu 110/50. — Lingen: für 1920: 200 zu 70/40, 500 zu 100/50, 500 zu 110/50. — Melle: für 1919: 25 zu 80/30. — Münster: 30 zu 50/10; für 1920: 100 zu 50/10, 1000 zu 70/40, 2000 zu 110/50, 2000 zu 110/60, 100 Jugendm. zu 20 Pf., 500 Lokalm. zu 50 Pf. — Nordwalde: für 1919: 100 zu 90/40; für 1920: 400 zu 110/50, 500 zu 110/60, 100 Jugendm. zu 30 Pf. — Osnabrück: für 1919: 100 zu 70/30. — Rheine: für 1919: 100 zu 100/40; für 1920: 100 Eintrittsm., 500 zu 90/50, 800 zu 100/50, 400 zu 110/50, 300 Lokalm. zu 50 Pf. — Sendenhorst: für 1919: 100 zu 100/40. — Telgte: für 1920: 300 zu 90/50, 500 zu 110/50, 500 zu 110/60, 100 Lokalm. zu 50 Pf. — Warendorf: für 1920: 500 zu 100/50, 500 zu 110/50. — Nordhorn: für 1919: 200 zu 70/30; für 1920: 500 zu 100/40, 500 zu 110/40. — Döttrup: für 1920: 200 zu 110/50. — Freeren: für 1919: 400 zu 70/30, 50 Lokalm. zu 50 Pf.; für 1920: 100 zu 100/50. — Wehla: für 1919: 50 zu 50/15; für 1920: 100 zu 90/40, 100 zu 100/40, 200 zu 100/50. — Breden: für 1919: 80 zu 80/40, 40 zu 90/40; für 1920: 10 Eintrittsm., 200 zu 110/40. — Uelsen: für 1919: 400 zu 70/30, 350 Jugendm. zu 80 Pf.

#### Bezirk Nürnberg.

Amberg: für 1920: 500 zu 50/10, 1000 zu 90/30, 1000 zu 100/30, 300 Lokalm. zu 50 Pf. — Bamberg: für 1919: 25 Jugendm. zu 30 Pf. — Eichstätt: für 1920: 20 Eintrittsm., 500 zu 90/25, 500 zu 100/25, 100 Jugendm. zu 20 Pf. — Forchheim: für 1919: 50 zu 70/30; für 1920: 00 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Kitzingen: für 1919: 00 zu 60/25, 60 zu 70/30; für 1920: 100 zu 90/25, 200 zu 100/25. — Nürnberg: für 1919: 50 zu 80/30. — Ertlshausen: für 1919: zu 60/25; für 1920: 100 zu 90/25. — Detlesbach: für 1919: 20 zu 50/30. — Bischofs-Schlucht: für 1920: 200 zu 90/25. — Langendorf: für 1919: 14 zu 50/10. — Neustadt (Saale): für 1919: 30 zu 70/20. — Windischschneibach: für 1919: 25 Eintrittsm., 25 zu 60/25, 50 zu 70/30.

#### Bezirk Paderborn.

Magen: für 1920: 200 zu 90/25. — Beckum M.: für 1919: 200 zu 90/25. — Bielefeld: für 1920: 50 zu 10/40, 300 zu 110/40. — Brakel: für 1919: 50 zu 70/20. — Brilon: für 1919: 50 zu 70/20; für 1920: 500 zu 90/25. — Detmold: für 1919: 100 zu 80/20. — Geseke: für 1920: 400 zu 100/25, 50 Jugendm. zu 30 Pf. — Marsberg: für 1920: 500 zu 90/30, 50 Jugendm. zu 30 Pf., 200 Lokalm. zu 20 Pf. — Delde: für 1919: 70 zu 70/20, 70 zu 80/20. — Paderborn: für 1919: 200 zu 90/30; für 1920: 500 zu 90/50, 1000 zu 100/50, 3000 zu 110/50, 100 Lokalm. zu 50 Pf. — Stahle: für 1919: 200 zu 50/20. — Werl: für 1919: 100 zu 80/20; für 1920: 500 zu 110/30, 100 Jugendm. zu 20 Pf. — Rheda: für 1920: 50 zu 50/10, 770 zu 110/30. — Gütersloh: für 1919: 50 zu 70/20; für 1920: 150 zu 100/40, 400 zu 110/40. — Lippsstadt: für 1919: 20 Eintrittsm., 200 zu 50/20; für 1920: 800 zu 110/40. — Wiedenbrück: für 1919: 10 Eintrittsm., 100 zu 70/30; für 1920: 200 zu 100/30, 400 zu 110/30, 20 Jugendm. zu 20 Pf. — Scherfede: für 1920: 200 zu 90/25. — Hörter: für 1919: 20 zu 50/10, 200 zu 80/30; für 1920: 10 Eintrittsm., 200 zu 80/20, 300 zu 90/25, 150 Jugendm. zu 20 Pf. — Höbergen: für 1919: 100 zu 50/10. — Epe: für 1920: 100 zu 100/30. — Bedelsheim: für 1920: 150 zu 90/25, 50 Jugendm. zu 30 Pf. — Neuenkirchen: für 1920: 500 zu 90/30.

#### Bezirk Saarbrücken.

Conz: für 1919: 300 Lokalm. zu 50 Pf., 50 Eintrittsm., 400 zu 60/40, 400 zu 90/40, 1000 zu 110/40. — Ecken: für 1919: 50 zu 90/30; für 1920: 200 zu 90/40, 600 zu 110/40. — Saarbrücken: für 1920: 300 Eintrittsm., 1000 zu 60/40, 15000 zu 90/40, 5000 zu 110/40. — Kaiserslautern: für 1920: 300 Eintrittsm., 1500 zu 60/40, 15000 zu 90/40, 2000 zu 110/40. — Reun: für 1920: 300 Eintrittsm., 1000 zu 60/40, 10000 zu 90/40, 5000 zu 110/40.

\*) Die Beiträge werden unter 90 Pf. Steuerbeitrag für die Ausgabe.

### Bekanntmachungen

#### Mitgliedskarten

Sollen nach Anordnung des Hauptvorstandes nach einjähriger Mitgliedschaft zwecks unentgeltlichen Umtausch gegen ein Mitgliedsbuch an den Verwaltungsstellen Vorstand abgegeben werden. Der Verwaltungsstellen Vorstand hat diese Karte an den Hauptvorstand weiterzuleiten, da laut Statut, § 11 Abs. 2, Mitgliedsbücher nur durch den Hauptvorstand ausgestellt werden müssen. Damit ist gesagt, daß die Mitgliedskarten mit 52 Wochenbeitragsmarken versehen sein müssen, ehe dieselben zur Abgabe fähig sind, und daß dieselben dann unverzüglich an den Hauptvorstand eingesandt werden müssen. Diesen Bestimmungen wird vielfach nicht nachgekommen. Es werden Karten eingesandt, wo nur einige Beitragsmarken enthalten sind, und andererseits auch ein Teil, worin mehr als 52 Wochen enthalten sind. — Im letzteren Falle will man die Beitragsmarken bis zum Jahresschlusse beibehalten. Dadurch wird jedoch bewirkt, daß nach Jahreschluß der Andrang der Mitgliedskarten an die Hauptgeschäftsstelle so stark wird, daß eine ordnungsmäßige Erledigung nicht möglich ist. Wir ersuchen daher, in Zukunft genau nach dem Statut und den Anordnungen zu handeln.

Der Hauptvorstand.

#### Lokalbeamter gesucht!

Die Verwaltungsstelle Hannover sucht zum 1. Februar dieses Jahres einen Lokalbeamten. Derselbe muß mit der Geschäftsführung einer Verwaltungsstelle gut vertraut sein, muß rechnerische Begabung besitzen und den Erwidlungsgang der christlichen Gewerkschaften kennen. Das Bewerbungsschreiben hat neben einem kurz gefaßten Lebenslauf einen Aufsatz über die Aufgabe eines Lokalbeamten zu enthalten und ist zu richten an **Freiz. Rütger, Hannover, Steinhorstfeldstr. 2 II.**

#### Sterbetafel.

Am 12. Dezember 1919 starb infolge Magen- und Darmtumor unser treues Mitglied, der Kollege **August Wolf**, im Alter von 67 Jahren.

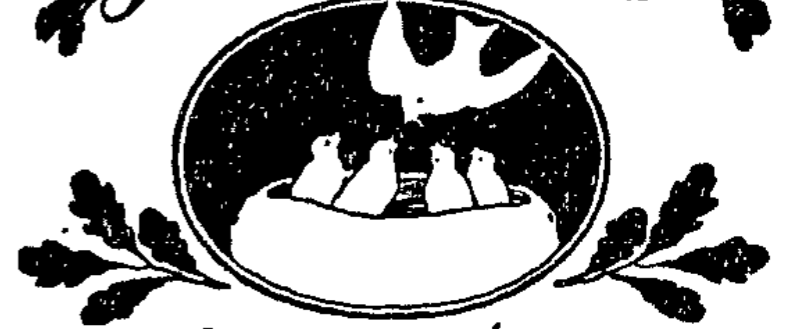
Verwaltungsstelle Schwerin a. W.

Am 29. Dezember 1919 starb unser treuer Kollege **Peter Rübner** im Alter von 59 Jahren.

Verwaltungsstelle Herford.

Ehre ihrem Andenken!

### Gemeinnützige



### Deutsche Volksversicherung

#### Wer

Frau u. Kinder für seinen Todesfall schützen und sich für sein Alter, oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder

#### ein Kapital bis zu 2000 M.

sichern will, wähle die besonders günstigen Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung.

Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

#### Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands

Anfragen erbeten an:

Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften  
Cöln a. Rhein, Venloer Wall 9



# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

erschient jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 1,50 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. — Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2—3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Das Betriebsrätegesetz im Reichstag

Die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes im Reichstag hat einen blutigen Auftakt erfahren. In dem Bestreben, das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern und Propaganda für den reinen Rätebetrieb, die Rätebestatur nach russischem Muster zu betreiben, boten die unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten die Massen auf, um vor dem Reichstag zu demonstrieren. Wir haben gewiß in den letzten Jahren vor dem Krieg manche Massendemonstration in Berlin gesehen. Es wurde für allerhand Dummheiten demonstriert, vorwiegend gegen das preussische Klassenrecht. Wenn diese Demonstrationen sich damals nicht vollzogen und es nicht zu Gewalttätigkeiten kam, war dieses auf die stabilen Ordnungsverhältnisse zurückzuführen und daß man es statt mit hungrigen Massen Menschen zu tun hatte. Wer heute die Massen auf die Straße bietet, muß wissen, daß dieses gefährliche Spiel mit dem Feuer ist. Die moralischen Grundlagen, die der Achtung vor dem Gesetz der Ordnung sind erschüttert, der revolutionäre Geist ist noch lebendig. Wo er sich zu beruhigen verweigert, wird er von gewissenlosen Agitatoren immer neue geschürt. Die Berliner Unabhängigen und Kommunisten haben eine ungeheure Schuld auf sich geladen. Sie hofften, politische Geschäfte zu machen. Gegenteil haben sie erreicht. Unter Aufbietung aller Mittel wurden die Massen vor dem Reichstag versammelt. Wer das derzeitige Berliner Publikum und die zahllosen Verbrecher, die sich darunter befinden, nicht mit Bestimmtheit damit rechnen, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen würde. Es wurde letzteren durch die Aufhebung des Belagerungszustandes erleichtert. Wir glauben zu wissen, daß die preussische Regierung wie auch ein Teil der Reichsregierung nicht für diese Aufhebung war; daß vielmehr auf gewisse Versprechungen unabhängiger Führer hin erfolgte. Wir finden es unbegreiflich, auf welche Versprechungen dieser Führer auch nur das geringste Recht zu legen; zumal es notorische Tatsache ist, daß sie wohl das Berliner Publikum aufheizen, aber nicht zu beruhigen. Gätte der Belagerungszustand bestanden, hätte es nicht zu den Gewalttätigkeiten kommen können. Mit unmenschlicher Geduld hat die Reichstagsgebäude beschützende Sicherheitswehr Schamtionen und Beschimpfungen der fanatisierten Massen über sich ergehen lassen. Erst als die Gewalttätigkeiten der Masse die Erstürmung des Reichstages in Aussicht stellten, machten sie von der Waffe Gebrauch. 42 Tote und über 100 Verwundete zu beklagen fällt die Schuld dafür ausschließlich auf die unabhängigen und kommunistischen Führer zurück. Wäre den fanatisierten Massen gelungen, den Reichstag zu erstürmen, wäre es sicher zur Ausrufung der Rätebestatur gekommen; und was dann gefolgt wäre, vermögen wir in seinem ganzen Umfang nicht zu ermessen. Kann man mit den Opfern dieser Demonstration gedulden das kleinste Mitleid haben, aber auch dieses hat Grenzen. Wer sich in die Gefahr begibt, kommt um. Wer vor dem Reichstag demonstriert und die Ereignisse vom letzten Jahr vor Augen hielt, muß wissen, daß es ohne Gewalttätigkeiten nicht abgelaufen würde. Wenn sich die Massen von gewissenlosen Führern vor die Untertänigkeit drängen lassen, müssen auch die Konsequenzen übernehmen.

Die Vorgänge in Berlin hat man mit den Vorgängen im Reich im Zusammenhang zu bringen. An dem Ende und Enden klammern die Streiks auf, die den revolutionären Charakter nicht verleugnen können, und auch ein großer Teil der Beteiligten des Glaubens ist für wirtschaftliche Forderungen zu kämpfen. Dahinter stehen wissen genau, welche politischen Ziele sie damit erstreben. Und wieder sind es die wichtigsten Zweige, von denen das wirtschaftliche Leben Deutschlands abhängt, die Eisenbahn und der Bergbau. Auf dem Unabhängigen-Paritätstag in Berlin wurde das Wort geprägt: Wer die Eisenbahn hat, hat die Hand an der Gurgel des Staates. In diesem Grundgedanken handeln die unabhängigen und kommunistischen Drahtzieher. Ihr Ziel ist nach wie

vor das Chaos. Steht Handel und Wandel still, wird die Lebensmittelzufuhr unterbunden, dann wächst der Hunger und das Elend ins Ungemessene. Die Arbeitslosigkeit greift immer weiter um sich. Die Verzweiflung treibt die Massen auf die Straße und aufs Land. Der Bürgerkrieg, der Zusammenbruch ist dann fertig.

Keine verantwortliche Regierung kann dieser Entwicklung noch weiter zusehen. Es muß durchgegriffen werden und zwar mit aller Schärfe. Die Arbeitseinstellungen sind zu unterbinden, ganz gleich auf welchem Wege. Wenn es um das Leben von 60 Millionen geht, kann der Eigensinn irgend einer Gruppe, der sich mit dem falschen Schein von Freiheit drapiert, nicht mehr ausschlaggebend sein. Zuerst das Leben des Volkes, dann erst alles übrige. Zumal die berechtigten wirtschaftlichen Interessen dabei nicht in Gefahr kommen, vielmehr durch Schlichtungsinstanzen der Ausgleich gefunden werden kann. Unter allen Umständen müssen die Arbeitseinstellungen unterbunden werden, sonst müssen wir zugrunde gehen.

Nach diesen allgemeinen Darlegungen kommen wir auf unser eigentliches Thema „Das Betriebsrätegesetz“ zurück. Das heißumkämpfte Gesetz ist verabschiedet. Von rechts und von links ist heftig dagegen angekämpft worden. Von der rechten Seite wird behauptet, daß es unser wirtschaftliches Leben ruiniere, daß es nicht dem sozialen Frieden diene, sondern den Kampf fördere. Gewiß kann man über die Wirkung eines Gesetzes keine bestimmten Voraussetzungen machen. Wir dürfen aber daran erinnern, daß bei allen großen sozialpolitischen Entscheidungen die gleiche Behauptung aufgestellt worden ist. Unter der Wirkung dieser Behauptung ist manches, was unbedingt notwendig war, unterblieben. Von unserer sozialen Versicherung ist dauernd behauptet worden, sie untergrabe den Arbeitseinstellungen, verweichliche das arbeitende Volk und begünstige die Rentenpsychopathie. Die notwendige Arbeitslosenversicherung konnte deshalb nicht Gesetz werden, weil befürchtet wurde, es könnte der eine oder andere die Unterstützung zu Unrecht beziehen und unser Wirtschaftsleben könnte diese Lasten nicht tragen. Heute müssen wir diese Unterlassungen doppelt und dreifach bezahlen. Wir glauben mit gutem Grund annehmen zu dürfen, daß auch die Befürchtungen, die an das Betriebsrätegesetz geknüpft werden, sich nicht erfüllen. Das läge ja am allerwenigsten im Interesse der Arbeiterschaft selbst. Ihr muß es doch in erster Linie darauf ankommen, daß unser Wirtschaftsleben, unsere Industrie sich wieder erholt und zur höchsten Blüte gebracht wird, weil das soziale Leben der Arbeiter mit dem Stand unseres Wirtschaftslebens steigt und fällt. Ihr Bestreben geht nur darauf hinaus, im Arbeitsprozeß eine ihren Interessen entsprechende Vertretung zu besitzen und einen größeren Einfluß auf die Entwicklung selbst nehmen zu können. In diesem Willen liegt die Befundung, selbst an dem Gedeihen unseres Wirtschaftslebens mitzuarbeiten, es zur höchsten Blüte zu bringen, nicht aber es zu ruinieren. Der Reichstag hat sich in seiner großen Mehrheit für diese Auffassung entschieden, und wir wollen hoffen, daß das Gesetz zum Segen für die Allgemeinheit ausschlägt.

Noch heftiger wie von rechts wurde das Gesetz von links, von den Unabhängigen und den hinter ihnen stehenden Kommunisten und Spartakisten bekämpft. Es darf bemerkt werden, daß die Vertreter der Unabhängigen an den Kommissionsberatungen den herzlichsten Anteil genommen haben, daß sie aber um so mehr im Plenum des Reichstages redeten und das Gesetz in Grund und Boden verdammt. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Dort, wo für die Öffentlichkeit geredet wurde, erhoben sie ihre Angriffe; wo es sachliches zu leisten gab, waren sie nicht da. Diese Herrschaften sind von ihrem Wahne nicht zu heilen. Sie erstreben nun einmal die „Diktatur“ des Proletariats, einseitige Klassenherrschaft nach russischem Muster. Damit kann man nicht rechten. Hier gibt es nur den einen entschlossenen Willen, der Demokratie zur Freiheit zu verhelfen. Wenn Demokratie Volksherrschaft bedeutet, so soll nicht eine Klasse über die andere herrschen, sondern das Volk in seiner Gesamtheit soll seine Geschicke bestimmen. In einer Verantwortlichkeit der unabhängigen Pläne, dahinter-

stehend die Volksozialisierung, ist nicht zu denken. Wer diesen Versuch machen wollte, würde die Interessen der Arbeiter am allerhöchsten schädigen. Daher müssen diese Absichten rundweg abgelehnt werden, da sie weder dem deutschen Arbeiter noch dem deutschen Volke dienen.

Das Betriebsrätegesetz ist verabschiedet. Auf die Einzelheiten werden wir in ausführlicher Weise zurückkommen. Nun gilt es, von dem Gesetz den Gebrauch zu machen, der der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit am besten dient. Es war ein blutiger Auftakt zu dem Zustandekommen des Gesetzes, den verbrecherischer Fanatismus gegeben. Tragen wir dazu bei, daß das Gesetz zum Segen für die deutsche Arbeiterschaft ausschlägt.

### Die Aussichten des Baugewerbes

Die Lage des Baugewerbes ist zurzeit eine absolut ungeklärte. Dieser Zustand besteht seit Jahr und Tag, und es läßt sich nicht voraussehen, wann diese Klärung eintritt. Es hängt dieses mit dem allgemeinen Zustand unseres Wirtschaftslebens zusammen, von dem das Baugewerbe sich nicht lösen läßt. Unser gesamtes Wirtschaftsleben ist krank. Solange dieser Zustand andauert, kann nicht ein einziges Gewerbe eine Ausnahme davon machen.

Als feststehende Tatsache haben wir zu buchen, daß das Baubedarf ein außerordentlich großes ist. Die Wohnungsnot in den Städten nimmt immer größere Dimensionen an. Die Ursachen sind im allgemeinen bekannt. Während des Krieges hat der Wohnungsbau fast gänzlich geruht. Notwendige Reparaturen konnten nicht ausgeführt werden. Das ganze Baugewerbe wurde auf die Kriegsbedürfnisse eingestellt.

Mit dem Zurückfluten der Millionenheere wurden große Ansprüche an den Wohnungsmarkt gestellt. Die Last der Eheschließungen hat in ganz gewaltigem Umfang zugenommen. Dazu kommen die großen Zahlen der Rückwanderer aus den ehemals deutschen Gebieten im Osten und Westen unseres Vaterlandes. Auch aus den fremdländischen östlichen Ländern ist eine starke Zuwanderung zu verzeichnen. Die Behörden sehen sich außerstande, den gestellten Ansprüchen an den Wohnungsmarkt zu genügen und verschärfen sich die unergieblichen Verhältnisse immer mehr.

Nach wie vor ist die Wiederbelebung des Baugewerbes eine Material- und Geldfrage. Der Materialmangel ist so außerordentlich groß, daß auch nicht im entferntesten den Ansprüchen genügt werden kann. Dieser Mangel wiederum ist eine Folge des Kohlenmangels. Von unseren 17 000 Ziegeleien sind noch keine 2000 im Betrieb. Die Zement- und Kalkindustrie ist nur zu einem ganz geringen Prozentsatz beschäftigt. Solange wie der Kohlenmangel besteht, ist auf eine Besserung dieses Zustandes nicht zu hoffen. Jede Verminderung der Kohlenproduktion trifft in erster Linie mit dem Baugewerbe. Neben der Kohlenfrage ist es eine Transportfrage. Die jetzigen Streiks im Bergbau bzw. der Eisenbahn sind geeignet, den Kohlenmangel wiederum zu verschärfen.

Natürlich ist es auch die Verteuerung der Baumaterialien, die der Entwicklung des Baugewerbes hinderlich im Wege steht. Das Tausend Ziegelfeine ist heute unter 120—150 Mark nicht mehr zu haben, gegen 25—35 Mark vor dem Kriege. Neuerdings sind die Zementpreise wiederum erhöht worden, und zwar um 50 Mark für 10 000 Kilogramm. Diese Preisentwicklung ist nicht abgeschlossen, sie folgt vielmehr dem Zuge der allgemeinen Preisentwicklung in Deutschland. Auch die Arbeitslöhne sind dauernd im Steigen begriffen. Sie stehen unter dem Zwang der Verhältnisse, weil sonst das Existenzminimum für den Lebensunterhalt gefährdet erscheint. Das dauernde Publikum wird dadurch zur Zurückhaltung gedrängt.

Die Anormalität der Verhältnisse legt dem spezialisierten Baugewerbe die größte Zurückhaltung auf. Wenn ein



unter den jetzigen Verhältnissen errichteter Wohnbau eine Verzinsung für spätere Zeiten als ausgeschlossen erscheinen läßt, wird damit naturgemäß größte Zurückhaltung im Wohnbau ausgedrückt. In Voraussicht dieser Verhältnisse haben Reich, Staat und Kommunen die sogenannten Ueberlebenszuschüsse bewilligt, um so dem dringlichsten Baubedarf entgegenzukommen. Auf die Dauer ist es jedoch nicht möglich, den gestellten Ansprüchen zu genügen. Auch hier zeigen sich die Schäden der allgemeinen Bewilligung. Die Spekulation hat sich teilweise der Ueberlebenszuschüsse bemächtigt, weshalb die Bestimmungen für den Bezug dieser Zuschüsse geändert werden mußten. Bei unserer schwierigen Finanzlage läßt sich jedoch schon heute erkennen, daß diese Zuschüsse in absehbarer Zeit zur Einstellung kommen müssen.

Inwiefern der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs auf unsere eigene Bautätigkeit rückwirkend sein wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Nach den bisherigen Anzeichen zu urteilen werden wir an dem Wiederaufbau in Frankreich nur wenig beteiligt sein. Um so wahrscheinlicher ist, daß uns große Lieferungen an Baumaterialien usw. auferlegt werden. Wenn es dahin kommen sollte, daß wir Biegelsteine, Kalk, Zement, Holz, Eisen in großem Umfang an Frankreich zu liefern gezwungen sind, muß dieses auf das heimische Baugewerbe sehr ungünstig einwirken. Die Bemühungen um Gewinnung von Baumaterialien, deren Herstellung ohne Kohle möglich ist, nimmt daher immer größeren Umfang an. Eine Reihe neuer Bauverfahren ist in der Durchbildung begriffen, die einerseits bisher unbenutzte Baumaterialien in Anwendung bringen, andererseits auf deren Verbilligung berechnet sind. Man kann annehmen, daß diese Bemühungen einen größeren Umfang annehmen, weil die Not der Zeit uns dazu zwingt.

Trotzdem ist von einer eigentlichen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe im Augenblick nicht zu reden. Es kann im Gegenteil der Nachfrage nach Bauarbeitern nicht immer vollaus entsprochen werden. Das Baubedarf ist eben so stark, daß es noch alle Hindernisse überwindet. Wie lange, steht dahin. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben wir mit einer größeren Wohnbaubautätigkeit zu rechnen. Es sollen dort etwa 150 000—180 000 Arbeiterwohnungen hergestellt werden, um für die benötigten Bergarbeiter Unterkunft zu schaffen, weil hiervon unsere Kohlenproduktion abhängig ist.

Alles in allem genommen, kann über die Zukunftsaussichten des Baugewerbes kein auch nur einigermaßen sicheres Urteil abgegeben werden, da die Verhältnisse zu unübersichtlich und zu anormal sind. Alles hängt von der Ruhe und der Arbeitsleistung im Innern unseres Landes ab. Wenn beide endlich in normale Bahnen gelangen und das Streikfeber gründlich vorbei ist, alsdann werden wir mit einer ganz außergewöhnlichen Bautätigkeit zu rechnen haben. Bis wir jedoch dahin gelangen, dürfte es immer noch einige Zeit dauern. Wir sind in unseren Entschlüssen und unserer Arbeit nicht frei. Der sogenannte Friedensvertrag hängt uns dabei wie ein Klotz am Bein. Das Entscheidende bleibt jedoch, daß das deutsche Volk mit aller gegebenen Kraft arbeitet. Nur Vermehrung der Produktion ist das einzige Mittel, das uns Erleichterungen bringen kann.

## Die Erwerbslosenunterstützung für Bauarbeiter

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe hat im Dezember v. J. an das Reichsarbeitsministerium und an das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die erwerbslosen Bauarbeitern beim Bezug von Erwerbslosenunterstützung gemacht wurden, folgende Eingabe gerichtet:

Nr. 790/19. Berlin, den 19. Dezember 1919.

Bei den der unterzeichneten Reichsarbeitsgemeinschaft angehörenden Bauarbeiter-Vereinigungen sind in letzter Zeit wiederholt Klagen aus verschiedenen Bezirks-Organisationen (z. B. aus Bayern, Sachsen, Thüringen, Westfalen, Hamburg, Schlesien) eingelaufen, weil die für die Erwerbslosenunterstützung zuständigen untergeordneten Stellen die Zahlung der Unterstützung an Bauarbeiter verweigert haben. Die Verweigerung pflegt von den Dienststellen begründet zu werden mit dem Hinweis auf § 6 Satz 1 der Reichsverordnung über Erwerbslosenunterstützung vom 23. April 1919, wo die Erwerbslosenunterstützung als Kriegsfolge bezeichnet wird, daß die für die Unterstützung in Frage kommenden Personen sich infolge des Krieges durch Arbeitslosigkeit in bedauerlicher Lage befinden. Da im Baugewerbe bei jeder Eigenschaft der Bauarbeiter wegen der Witterungsverhältnisse im Winter eine erhebliche Zahl von Bauarbeitern in größerer Zahl arbeitslos werden, und von den Dienststellen die Verweigerung der Unterstützung als Folge der Erwerbslosigkeit von der Reichsverordnung als Kriegsfolge bezeichnet wird, und nicht eine

Diese Beweisführung ist jedoch unzutreffend, da sie nicht die heute gegen normale Zeiten völlig veränderten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt, und muß bei den arbeitswilligen Bauarbeitern, die ihre Lage vergleichen mit der Lage von Angehörigen anderer Berufe, denen im Falle der Erwerbslosigkeit die Unterstützung ohne besondere Schwierigkeiten bewilligt wird, stark verstimmend wirken.

Wenn während zu normalen Zeiten die im Winter arbeitslos werdenden Bauarbeiter in anderen Betrieben Beschäftigung fanden, ist ihnen dies unter den jetzigen Umständen unmöglich, da entweder die in Frage kommenden Betriebe wegen Mangels an Rohstoffen oder Betriebsmaterialien eingestellt oder mit anderen Arbeitern überfüllt sind. Dieser Zustand ist aber in der Tat eine Folge der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Depression, und so trifft die aus § 6 Satz 1 den angeführten Verordnung versuchte ablehnende Beweisführung nicht zu, vielmehr gehören jetzt gerade die Bauarbeiter „infolge des Krieges“ zu den für die Erwerbslosenunterstützung in Frage kommenden Personen.

Bisweilen ist auch der Versuch gemacht worden, die Verweigerung der sofortigen Zahlung der vollen Erwerbslosenunterstützung aus § 9 Absatz II zu begründen, in dem es heißt:

„Erreichen in einer Kalenderwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnkürzungen ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern 70 vom Hundert des verbliebenen Wochenarbeitsverdienstes den Unterstüßungsbetrag der Woche bei ganztägiger Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit.“

Jedoch handelt es sich bei der jetzigen Arbeitslosigkeit von Bauarbeitern nicht um eine vorübergehende Einstellung der Arbeit oder um eine Beschränkung der Arbeitszeit und eine deswegen erfolgende Lohnkürzung, sondern die Verdienstmöglichkeit hört vollständig auf für die Dauer der ganzen Jahreszeit, während der Frostwetter einzutreten pflegt. Daß es für Bauarbeiter in vielen Bezirken während dieser Jahreszeit unmöglich ist, ihre sonst übliche Winterbeschäftigung anzutreten, ist aber, wie oben gezeigt, tatsächlich eine Folge des Krieges. Deshalb bittet die unterzeichnete Reichsarbeitsgemeinschaft, wegen der gerade unter den jetzigen Witterungsverhältnissen großen Dringlichkeit der Angelegenheit baldmöglichst bei den nachgeordneten Stellen zu veranlassen, daß die Träger der Erwerbslosenfürsorge angewiesen werden, an erwerbslose Bauarbeiter die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, sobald diese eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers beibringen, daß sie wegen Eintritts von Frostwetter entlassen werden mußten.“

Der Reichsarbeitsminister hat darauf folgende Antwort erteilt:

„Von mehreren Stellen bin ich um eine Äußerung gebeten worden, ob Arbeitnehmer, die infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse zu vorübergehender Einstellung der Arbeit gezwungen sind, Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Es handelt sich dabei vorwiegend um sogenannte Saisonarbeiter (Bau-, Erdarbeiter usw.). Die Träger der Erwerbslosenfürsorge haben Bedenken, die volle Unterstützung oder auch die Kurzarbeiterunterstützung nach § 9 Absatz 2 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge zu gewähren, weil sie der Ansicht sind, daß in diesen Fällen die Arbeitslosigkeit keine Kriegsfolge im Sinne des § 6 a. a. D. ist.“

Im allgemeinen ist diese Ansicht zutreffend. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen die Saisonarbeiter vielfach Gelegenheiten hatten, während der Zeit der BetriebsEinstellung Arbeit in einem anderen von Witterungseinflüssen unabhängigen Berufe anzunehmen. Diese Arbeitnehmer sind durch den gegenwärtigen Mangel an Arbeitsgelegenheiten in eine besonders schwierige Lage geraten. Gelingt es ihnen nicht, während der Zeit der unverschuldeten Arbeitslosigkeit wie bisher anderweitige Beschäftigung zu finden, so kann ihre Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge angesehen werden und die Gewährung der Unterstützung rechtfertigen. Es ist die Aufgabe der Träger der Erwerbslosenfürsorge, im Einzelfalle zu prüfen, ob nach den vorhandenen Umständen die Erwerbslosigkeit als Kriegsfolge angesehen werden kann.

Ich bitte ergebenst, die zuständigen Stellen von dieser Entscheidung in Kenntnis setzen zu wollen.“

Das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt antwortet:

III. b. 321. Berlin, den 30. Dezember 1919.

Das Ministerium für Volkswohlfahrt hat kürzlich zur Ausführung des § 6 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge folgende Ausführungsbestimmungen erlassen und den Behörden zur Nachahmung mitgeteilt: „Unter Umständen wird auch die Arbeitslosigkeit von Saisonarbeitern als Kriegsfolge zu betrachten sein, insbesondere dann, wenn sie früher während der Wintermonate einer regelmäßigen Beschäftigung in einem anderen Berufe nachgingen, jetzt aber infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse daran verhindert sind. Ob die Erwerbslosigkeit hiernach als Kriegsfolge anzusehen ist, muß im Einzelfalle durch eine sorgfältige Kontrolle festgestellt werden.“

Hiernach ist auch den Bauarbeitern in den bereits zur Sprache gebrachten Fällen die Erwerbslosenunterstützung zu gewähren.

Auf Grund dieser Antworten dürfte die Frage nunmehr gelöst sein, erwerbslose Bauarbeiter dürfen nicht hinter anderen Erwerbslosen zurückgesetzt werden.

**Revolutionsstreiks.** Nach den Angaben des Reichsstatistischen Amtes des Reiches haben in dem vom 7. bzw. 9. November bis zum Jahresabschluss 273 Streiks aus, nämlich 103 wirtschaftliche und 90 politische, durch die 5725 Betriebe in Mitleidenschaft gezogen und mit 724286 Arbeitern. Die Mehrzahl der Streiks entfiel auf den Bergbau und die Maschinenindustrie. Durch die jüngsten Streiks gingen nicht weniger als fast 2 Millionen Arbeitstage in 9 Revolutionswochen verloren. Wie bemerkt im Anschluss an diese Ziffer in einer Besprechung der jüngsten Streikstatistik in der „Deutschen Wg. Ztg.“ (589) Reg.-Rat Dr. Rathenau: „Daß diese ungeheuren Verluste während des Umsturzes nicht ohne Trächtigkeit des Wiederbelebens unserer zusammengebrochenen Wirtschaft ertragen werden konnten, liegt auf der Hand.“ Rathenau erinnert ferner daran, daß bei dem Streik der Arbeiter verlorenen Metallarbeiterstreik im Herbst die Geldverluste der Hauptklasse des Metallarbeiterverbandes mit weniger als 18 Millionen Mark angegeben um dann zu folgern: „Wenn die Arbeiterklasse durch Zahlen darüber aufgeklärt wird, welche Gefahren ein gesellschaftlich nicht genügend vorbereiteter und ungestillter Streik für sie mit sich bringt, so hätte die Statistik schon tätige Wirkungen erzielt. Die ungeheuren Schäden für den einzelnen bei den „wildem Streiks“, d. h. solche, die Genehmigung durch eine Organisation, ohne vorangehende Anfrage und nicht auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses Streiklustigen ausbrechen. Leider gibt auch hierüber Statistik keine Auskunft, eine Lücke, die sich hoffentlich in späteren Jahren ebenfalls wird ausfüllen lassen.“ Er man dann noch, daß schließlich von den wirtschaftlichen Streiks im Jahre 1918 — die politischen kommen nicht in Betracht — nur 33,8 v. H. mit einem Erfolg die Arbeiter ausgingen, so gelangt man immer wieder der Kernfrage des ganzen Problems, ob wirklich die Streik die geeignete Waffe der Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer noch so berechtigten Forderungen sind, oder ob nicht als zweischneidiges Schwert darstellen, das dem greifer mehr Schaden zufügen kann, als den Angegriffenen. Jedenfalls darf — und das lehrt eindringlich auch neueste Streikstatistik — von dieser Waffe nur im äußersten Notfalle und nur unter Beachtung aller längst erprobten Regeln des Arbeiterkampfes Gebrauch gemacht werden.“

**Der Arbeitsmarkt im November 1919.**

dem Reichsarbeitsblatt hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Berichtsmonat weiter verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen in 31 Fachverbänden mit einer Mitgliederzahl von 4 538 921 auf 131 198 oder 2,9 v. H. gegenüber 110 628 oder 2,6 v. H. im Oktober 1919. einzelnen ist die Arbeitslosigkeit der männlichen Mitglieder von 2,3 im Oktober auf 2,7 im November gestiegen, während man bei den weiblichen Mitgliedern einen Rückgang von 3,9 auf 3,8 v. H. verzeichnet. Im Zusammenhang mit der größeren Arbeitslosigkeit hat sich die Zahl der Arbeitsgesuche stark erhöht. Auf je 100 offene Stellen im November 173 Arbeitsgesuche männlicher und 120 weiblicher Personen gegen 150 bzw. 110 im Oktober und 74 bzw. 101 im November 1918. Den großen Anstieg der Arbeitsgesuchen wies der Handel, das Rahmstoff- und Spinnstoffgewerbe auf. Hier schwankte die Zahl der Arbeitsgesuchen zwischen 456 und 329; im Oktober 430 und 277. Auch im Metallgewerbe ist die Zahl der Arbeitsgesuchen gewachsen. Betrachtet man die Gesamtsituation unserer Volkswirtschaft in Betracht, so haben wir in Folge dieser immer noch mit einer Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu rechnen.

**Sozialdemokratie und Kirche.** Während des Umer Metallarbeiterstreiks gingen in allen Streiklokalen aus, die aufforderten: Metallarbeiter, bemutigt arbeitsfreien Tage zum Austritt aus der Kirche.

Das Steiner sozialdemokratische Gewerkschaftslokal fordert durch offenen Anschlag zum Austritt aus der Kirche auf, angeblich, um dadurch den Einfluß der Kirche, die dort der Reaktion sei, auf das gebührende Maß herabzusetzen. Die „Dithüringer Volkszeitung“ (früher „Dithüringer Volkszeitung“), das „gemeinsame Organ der (Dithüringer) Sozialdemokratischen Partei für das gesamte Thüringen“ wird jetzt in ihrem redaktionellen Teilschroffter Form für den Kirchenaustritt. So wird in dem vom 3. Januar gesagt, ein Arbeiter, der durch seine Mitgliedschaft zur Kirche und durch Entrichtung von Steuern die Kirche stütze und fördere, unterstütze und damit seinen eigenen Feind. Ferner wird behauptet, gelte „für jeden Arbeiter, für jeden wirklich stützt den Menschen die Forderung: Aus aus der Kirche!“

**Ueber die Generalversammlung der Firma Berger Akt.-Ges.** berichtet das „Berl. Tageblatt“ die Beteiligung der Julius Berger Akt.-Ges. an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs wurden in der heutigen außerordentlichen Generalversammlung des Unternehmens nähere Mitteilungen gemacht. Auf die Anfrage des Aktionärs nach der Höhe der vorhandenen Aufträge nach dem Stande der Verhandlungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs erwiderte Kommerzienrat Berger, Aufträge in Höhe von 76 Mill. M. vorhanden seien. den Wiederaufbau Nordfrankreichs anlangend, so haben bisher geführten Verhandlungen, denen er als Sachverständiger beizuhilfen, noch nicht zu einem Resultat geführt, trotzdem sich die deutsche Regierung die größte Mühe gegeben habe. Es sei aber notwendig, daß Deutschland den guten Willen der Friedensverträge in allen Punkten zu erfüllen. Ueber die Zukunft des Unternehmens führte Kommerzienrat Berger aus, daß Deutschland nicht mehr Ansprüche haben werde, wie vor dem Kriege. Deshalb das Unternehmen seinen Blüthe gemacht, die auch zum schon ausgeführt seien, den Betrieb auf andere Zweige zu verlegen. Es seien Aushauarbeiten zur Gewinnung von Kohlen und Erz errichtet worden. Ferner seien



Handlungen mit dem Auslande eingeleitet, da dieses ohne die deutsche Bauindustrie und ohne die deutschen Ingenieure nicht auskommen könne. Auf eine weitere Anfrage betreffend die rumänischen Geschäfte des Unternehmens wurde erwidert, daß sofort nach Eröffnung des Postverkehrs mit Rumänien die Verwaltung sich offiziell mit der rumänischen Regierung wegen Erledigung der vor Eröffnung der Handelsverträge erteilten Aufträge in Verbindung gesetzt habe. Es muß natürlich eine entsprechende Erhöhung der damaligen Preise eintreten. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte einstimmig die beantragte Kapitalerhöhung von 4 auf 8 Mill. M. Die neuen, ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigten Aktien sollen den Aktionären zum Kurse von 135 Prozent im Verhältnis 1:1 angeboten werden. Zur Begründung des Antrages führte der Generaldirektor der Gesellschaft, Kommerzienrat Berger, aus, daß der Antrag durch die Entwertung des Geldes und der dadurch bedingten Erhöhung der sämtlichen Unkosten zu erklären sei. Sämtliche Rohmaterialien seien seit der Zeit vor dem Kriege um das zehnfache und die Löhne um das sechsfache gestiegen. Daher erkläre es sich auch, daß das bisherige Aktienkapital nicht ausreichend sei. Sine qua non sei, daß das Unternehmen sehr gut beschäftigt sei und daher von allen bisher zur Verfügung stehenden Geldern Gebrauch gemacht habe.

**Die Frage der Auswanderung.** Darüber besteht kein Zweifel mehr, daß weite Kreise unseres Volkes nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges sich neue Erwerbsmöglichkeiten suchen müssen. Obwohl man allseitig bestrebt ist, die vorhandenen Arbeitskräfte in erster Linie an den heimatischen Boden zu fesseln, werden wir es nicht verhindern können, daß eine große Zahl unserer Volksgenossen der Not gehorchend auswandert. Heute sehen wir schon eine beträchtliche Arbeitslosenzahl, die in den kommenden Monaten eher zu dem abnehmen wird. Solange es uns nicht gelingt, die Industrie zu erneuter Blüte zu bringen, werden sich die Grenzen unseres Vaterlandes für ein Geschicklichenvolk als viel zu eng erweisen. Die Auswanderungsfrage verdient daher unsere ernstlichste Aufmerksamkeit. Anfragen, die im engen Zusammenhang mit unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen, richtet man an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes zu Köln, solche, die das Auswanderungswesen im allgemeinen betreffen (Wohnbeschaffenheit eines Landes, Arbeits- und Siedlungsmöglichkeiten, Auskünfte über Siedlungs-Gesellschaften) sind an das Berliner Büro des Gesamtverbandes (Rochstraße 9) zu richten.

Im übrigen verdienen die amtlichseits veröffentlichten Warnungen zur Vorsicht beim Einkauf von Wädhern, die über die Verhältnisse im Auslande aufklären wollen, beim Anschluß an Auswanderervereine und Siedlungsunternehmungen größte Beachtung, besgl. die Warnungen vor gewissenlosen Werbem.

**Zur Beitragsfrage**

In unserem Verbands schreibt uns ein Kollege aus Saarbrücken:

„Endlich haben unsere Verbandsinstanzen erkannt, daß mit den niedrigen Beiträgen nicht mehr auszukommen ist. Es war aber auch die höchste Zeit. Alles ist jetzt im Preise furchtbar gestiegen, und wenn wir unsere Verbandskasse nicht vollends leer schöpfen wollen, muß der Beitrag den Verhältnissen angepaßt werden. Ich behaupte, daß auch der neue Beitrag von 0,90 M und 1,10 M, welcher an die Zentralkasse abgeführt werden soll, zu niedrig bemessen ist. Erst recht zu niedrig sind die, in vielen Verwaltungsstellen beschlossenen Lokalbeiträge von 0,40 M. Dieser Lokalbeitrag reicht nach meiner Kenntnis für Verwaltungsstellen mit Lokalbeamten nicht aus. Von diesen 40 Pf. erhalten die Hauskassierer in der Regel 10 Pf. Weitere 10 Pf. verbrauchen die Ortsgruppen für Porto, Kartellbeiträge usw. Es bleiben günstig gerechnet für die Verwaltungsstellen pro Markt 20 Pf. übrig. Mit diesem Geld sollen die Ausgaben wie Gehalt, Bureaukosten, Telefon, Porto, Fahrgehalt, Reisekosten usw. bestritten werden. Rechnen wir auf 1000 Mitglieder einen Lokalbeamten, so ergibt dies bei vier Beitragsmarken eine monatliche Einnahme von 800 M. Es leuchtet ein, daß damit die vorbestehenden Ausgaben nicht beglichen werden können. Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wenn wir als Mitglieder nicht einsehen wollten, daß unsere Beiträge, insbesondere die Lokalbeiträge, erhöht werden müssen. Da sich unsere Mitglieder in den Wintermonaten in einer besonderen Notlage befinden, halte ich dafür, daß eine neue Beitragsregelung am 1. April 1920 in Kraft tritt. Es wird gut sein, wenn unsere Verbandsinstanzen diese Frage rechtzeitig prüfen und entsprechende Entschlüsse fassen. Ich bemerke dabei ausdrücklich, daß uns nicht nur an der Festsetzung des Zentralbeitrages, sondern ebenso sehr an der Regelung der Lokalbeiträge gelegen ist. Es können zwar die Lokalbeiträge nicht einheitlich von Berlin aus festgesetzt werden, gewisse Richtlinien sind aber unbedingt aufzustellen. Für sofort empfehle ich die Einführung einer freiwilligen Beitragsklasse mit einem Einheitsatz von 2 M wöchentlich, 1,50 M Zentral- und 0,50 M Lokalbeitrag. Selbstverständlich muß freiwilligen Beitragszahlern eine höhere Unterstützung, entsprechend ihren Leistungen für die Zentralkasse, zugesichert werden.“

**Wirtschaftliche Bewegung**

**Beitrag Karlsruhe.** Nachdem die Bauarbeiter von Wertheim im Sommer eingeleitet hatten, daß es ohne Organisation und einmal nicht geht, schlossen sie sich dem christl. Bauarbeiterverbande an. Durch die Einigkeit der Bauarbeiter war es sodann möglich, im September des vergangenen Jahres einen

**Am 24. Januar ist der vierte Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.**

tarifvertrag abzuschließen, welcher den gelernten Arbeitern einen Stundenlohn von 2 M. und den ungelerten Arbeitern einen Stundenlohn von 1,85 M. pro Stunde brachte.

Damit hatte der christl. Bauarbeiterverband bewiesen, daß er die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten weiß. Doch die Forderung blieb auch für Wertheim nicht aus und die Organisationsleitung mußte mit den Unternehmern versuchen, wie man der Arbeiterschaft Rechnung tragen kann. Doch dieses Mal sollte die Organisation so leicht nicht dazu kommen. Wenn bei der ersten Lohnbewegung für die Unternehmer ein Gesetz des Achtstundentages nicht erglückte und ihnen niemand etwas zu befehlen hatte, dann erglückte dieses Mal für dieselben die Organisation nicht. Selbst das „unparteiliche Gemeinwohlhaupt“ von Wertheim warf den Organisationsbetreuer aus dem Rathaus und seine Lösung ist, daß sie wieder so klein werden müssen, daß sie nicht aus der Hand fließen.

Ob dieser ehemalige Zimmergeselle früher auch so sprach? — Doch es geht auch ohne Bürgermeister und ohne Unternehmer.

Der Schlichtungsausschuß, welcher angetruhen wurde, hat in seiner Sitzung der Arbeiterschaft eine Steuerungszulage von 30 Pf. pro Stunde zuerkannt.

Was einzelne Unternehmer sich in der letzten Zeit nicht alles geleistet haben, grenzt an das Unerlöse.

„Weihnachtsgeschenke“ will ein Unternehmer R. verteilen und sammelt dafür die Unterschriften bei den jugendlichen Arbeitern.

Und was geschieht? — man staune nicht — dieser Herr sendet die gesammelten Unterschriften in einer Abschrift an den Schlichtungsausschuß, daß diese Leute gegen die Lohn-erhöhung sind.

Unsere Vertrauensleute hatten dafür gesorgt, daß das Original von dem Unternehmer selbst vernichtet werden mußte und deshalb konnte der Herr, nachdem der Schlichtungsausschuß die Originalunterschrift verlangte, dieselbe nicht beibringen.

Unsere Kollegen mögen sich aber gesagt sein lassen, daß wir unser Recht suchen und auch finden, denn niemand wird uns schaden, solange wir einzig sind.

Wenn auch mancher Kollege denken mag, daß der Kampf schwer sei, dann möge er bedenken, daß derselbe ohne Organisation noch schwerer wäre. Dafür sind wir Gewerkschaftler, daß wir kämpfen wollen und auch versprechen zu kämpfen, wenn man den Kampf haben will.

Aus der Vergangenheit haben wir wieder gelernt und unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß auch der Letzte Mitglied des Verbandes werden muß, wenn wir uns selbst nicht aufgeben wollen.

**Winteragitation im Kreise Höxter**

Wie vor dem Kriege üblich, wurde auch in diesem Winter die Agitation in den ländlichen Orten betrieben, wo unsere Mitglieder infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sind, in der Fremde den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen zu erwerben. Kurz vor Weihnachten lehren alle „jung und alt“, zu ihren Angehörigen zurück, um das Fest der „hohen Weihnacht“ und die Jahreswende mit ihnen zu erleben. Wenn früher die Bauarbeiter der ländlichen Gebiete mehrere Wochen, ja, Monate zu Hause blieben war es diesmal anders. Die große Mehrzahl kehrte sofort nach den Feiertagen an ihre Arbeitsplätze im Industriegebiet zurück. Dieses ist zu verstehen. Infolge des Krieges, wo die Bauarbeiter vieler Orte restlos eingezogen wurden und bis zum Schluß aushalten mußten, haben dieselben einen nie wieder gut zu machenden Rückschlag erlitten. Die gegenwärtigen Löhne und der angeborene Sparsinn sind nicht außer acht zu lassen. Die augenblickliche Ruhe im Industriegebiet und die ungewisse Zukunft drängten ebenfalls zur schnellen Rückkehr.

Die Versammlung in Albaxen war von 50-60 Bauarbeitern besucht. Infolge einer Versammlung des Eheattentats und einer solchen für Jagd- und Landverpachtung zu gleicher Zeit war ein voller Besuch nicht zu erwarten. Dehnbare Klage wurde über den Lohn von 1,50 M, der pro Stunde gezahlt wird, geführt. Die Bauzeitigkeit ruht fast vollständig. Ganz in der Nähe wird eine Braunkohlengrube angelegt. Hoffentlich zeigt sich die Anlage rentabel und bietet einer größeren Anzahl Arbeiter lohnenden Verdienst.

In Laßtrungen war eine Versammlung durch zu spätes Bekanntgeben nicht voll besucht. Jedoch herrscht dort unter den Kollegen ein sehr guter Geist. Die Bauzeitigkeit ist ebenfalls gering. Die am Orte verbleibenden Kollegen gehen nach Höxter und arbeiten in den Sägewerken in Holzmulden. Für die heutigen Lohnverhältnisse werden auch dort zu geringe Löhne gezahlt.

In Höxter fand eine Stunde vor der Versammlung eine Kartellversammlung zwecks Gründung einer Metallarbeiter zählstelle statt. Die dortigen „Genossen“ hatten sich ebenfalls eingefunden und trafen in januärlcher Hut. Man wurde sogar handgreiflich. Der Kartellvorsitzende Wilsheim hatte es ihnen angetan. Dort konnte man so recht sehen, was Geistes Kinder die „Genossen“ sind. Ein „Genosse“ Stiesmann schrie andauernd „Herrlicher, Jubel, Seelenverkäufer und Der Magistratsrater Friedrichs, auch waschecht, folierte im Lokal herum wie ein aufgeblasener Pfau, suchte die Kollegen Dörner und Maß, um mit ihnen abzurechnen. Diese Versammlung war eine Durchschnittsversammlung. Derselben Klagen wie anderwärts. Schlechte Bauzeitigkeit, geringer Lohn. Bis heute haben die Unternehmer bis am 11. Dezember 1919 fällige Zulage von 10 Proz.

nicht gezahlt. Zwei Doppelbauten, vier Einfamilienhäuser, ist die Arbeit, außer einigen Reparaturen. Die tatkräftige, opferwillige Mitarbeit scheint nicht, wie der Vorstand es wünscht, vorhanden zu sein.

In Brenthausen war die Versammlung gut besucht. Alle Mitglieder hatte der Kollege Mönikes auf die Beine gebracht. Ein U. S. P. hatte sich auch eingefunden. Sachlich konnte er gegen meine Ausführungen nichts einwenden. Restlose Diktatur — Kampf den M. S. war seine Forderung. Schlechte Entlohnung aller Arbeiter, bis am Orte verbleiben oder sonstwo arbeiten, ist das gegebene.

In Bödegen konnte man den Geist der am Orte verbleibenden Kollegen in der gut besuchten Versammlung verspüren. Man glaubte sich in eine gute Zahlstelle des Industriegebietes versetzt. In der Ausdrucks verlangten bis am Orte verbleibenden Kollegen eine der heutigen Forderung entsprechende Erhöhung der Löhne und Löhne für Waldbauarbeiter. Am Schluß der Versammlung stellte sich ein Trüdeberger ein, der ohne Organisation arbeiten und leben zu können glaubte. Den Kollegen muß es gelingen, auch ihn wieder in unsere Reihen zu führen.

In Stahle feierten die Kollegen ihr Gewerkschaftsfest. Ein guter Besuch war zu verzeichnen. Ein ganzer Teil alter Kämpfer, die vor zehn und mehr Jahren schon im Industriegebiet als Zahlstellenvorstandsmitglieder tätig waren, führen die Geschäfte weiter.

In Alge konnte die Versammlung nicht stattfinden, weil zu gleicher Zeit zwei andere stattfanden. Nach Mitteilung des Vorstandes verdienen unsere Kollegen, soweit dieselben im Walde arbeiten, pro Tag 15 M. Die Kollegen an den übrigen Orten mögen Notiz davon nehmen.

Bei allen Versammlungen hat es sich gezeigt, daß ein guter Geist vorhanden ist. Die Zahlstellenarbeit wird von unseren alten Kämpfern geleitet. Das ist gut. Jedoch muß auf die Heranziehung der Jugend zur Mitarbeit großer Wert gelegt werden, damit der Nachwuchs in unsere Bahnen treten kann, bevor wir den Schauplatz unserer Tätigkeit verlassen. Die Zahl der Unorganisierten ist klein. Aber es kann kein Ruhen und Dastehen geben, bis auch der Letzte wieder uns gehört. Schwer wird es sein, die Löhne im Kreise Höxter auf eine der heutigen Forderung entsprechende Höhe zu bringen, weil fast realtische Bauzeitigkeit fehlt und ohne Konjunktur kein Erfolg zu erzielen ist. 2. Weil der Bauzeitigkeit entsprechend noch dazu viele Bauarbeiter in der Heimat bleiben und somit ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden ist. Ein Erfolg kann nur erreicht werden, wenn die bei den örtlichen Unternehmern beschäftigten Bauarbeiter restlos für eine kurze Zeit abwandern und anderweitig Arbeit annehmen. Nur planmäßige Arbeit bis ins kleinste wird unsere Bewegung vorwärtsbringen. Von dem Geschrei der paar Väterdubend Besessen dürfen wir uns nicht irremachen lassen. Wenn im Kreise Höxter die Bauarbeiterlöhne auf die heutige Höhe gekommen sind, so ist es das Verdienst des christlichen Bauarbeiterverbandes. Unter Botanstellung unserer christlichen Ideale und Grundsätze, stets bereit, die wirtschaftlichen Interessen aufs schärfste zu vertreten, unter Erfassung des letzten Bauarbeiters wird es möglich sein, bei der Mitarbeit aller Kollegen unsere Ziele zu erreichen.

**Verbandsnachrichten**

**Niedereisenhausen.** Am 28. Dezember fand bei Gastwirt August Becker unsere diesjährige gutbesuchte Konferenz statt. Aus nah und fern waren die Kollegen trotz des schlechten Wetters zusammengekommen. Einleitend auf den Ernst der Zeit hinweisend, eröffnete Kollege Achenbach die Versammlung und dankte den Kollegen für ihr Erscheinen. Kollege Lange, Köln, führte uns in mehr als 1 1/2 stündigem Vortrage tief hinein in das wirtschaftliche Leben. Der lange Krieg und die Revolution hätten dem Volkstörper schwere Wunden geschlagen. Diese heißen sei die Pflicht eines jeden wahren Arbeiter- und Volkstreuenden. Der von der Sozialdemokratie jahrelang gepredigte Klassenkampf und Klassenhaß sei in dem hinter uns liegenden Jahre zerkendend zur Geltung gekommen. Die innere Spaltung der Sozialdemokratie habe vor den Toren der sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht halt gemacht. Wie dumme Jungen wurden die alten Führer, die sich zur Mehrheitssozialdemokratie bekannten, zum Teufel gejagt und durch nicht immer einwandfreie radikale Elemente ersetzt. Aufbauende Arbeit zu leisten sei das zwingende Gebot der Stunde. Zu dieser Arbeit seien in erster Linie die christlichen Gewerkschaften berufen. Es müsse aber darauf geachtet werden, daß der Aufbau nicht auf Kosten der Arbeiter allein erfolge. Die gewaltige bevorstehende Preissteigerung bedinge eine gesunde Sozialpolitik. Auf sozialpolitischem Gebiet seien Fortschritte zu verzeichnen, die aber auch einer Erweiterung und Vertiefung bedürften. Zielklar und furchtprobt ständen die christlichen Gewerkschaften im Daseinskampf. Mehr Mut und mehr Opferkraft sei notwendig, um uns mehr als bisher durchsetzen zu können. Der reiche Beifall zeigte, daß Kollege Lange aus unser aller Herzen gesprochen hatte. Ruamehr erhielt Kollege Euler, Dortmund, zu seinem Vortrage das Wort. In recht trefflichen Worten schilderte Kollege Euler den Wert des christlichen Bauarbeiterverbandes und die Notwendigkeit der Mitarbeit aller Kollegen für Bauarbeiter sollten uns doch wieder klar werden, daß nicht Kurren und Knurren unsere Lage verbessere, sondern nur durch praktische tatkräftige Arbeit könne unsere schwierige Lage gebessert werden. Mit einem warmen Appell zur tätigen Mitarbeit schloß Kollege Euler seine sehr reichhaltigen Ausführungen ab. Auf großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Kollege Achenbach dankte zunächst den beiden Rednern und gab noch neue und praktische Winke. Die Diskussion ergab, daß man mit den führenden Kollegen einer Meinung war. Mit der Aufforderung auch für die Zukunft durch



vertrauensvolles Hand-in-Hand-Arbeiten unseren Verband nach innen und außen zu stärken, schloß Kollege Achenbach die würdevoll verlaufene Tagung.

Horne. Unsere diesjährige Generalversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Auf der Tagesordnung stand 1. Vortrag, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 erhielt Kollege Koch das Wort. Selbiger erstattete Bericht über den Tarifabschluß mit dem Besenverband, welcher nicht dem Wunsch der Kollegen gerecht geworden ist. Da der Besenverband hartnäckigen Widerstand leistete, mußten wir uns mit einem Stundenlohn von 2,60 M zufrieden geben. In der Diskussion sprachen die Kollegen ihr Bedauern darüber aus, daß nicht mehr erreicht wurde, verlangen aber von unseren Gewerkschaftsvertretern, daß sie ein besseres Augenmerk auf die industriellen Werte und Besen richten möchten, da hoch die Mehrzahl der Kollegen auf den Besen beschränkt ist. Zu Punkt 2 wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Meilenbrock, als 2. Kollege Nagmeier; als Kassierer K. Claus; als 1. Schriftführer Kollege Subwig, als 2. Kollege Müller; als Kassieratoren die Kollegen Helmer und Schul. Als Delegierter zur Verwaltungsstelle wurden die Kollegen Meilenbrock und Claus gewählt. Der 1. Vorsitzende dankte dem alten Vorstand für seine Arbeit, und forderte die neugewählten Vorstandsmittglieder auf, eifrig ihre Pflicht dem Verband gegenüber zu erfüllen. — In der Versammlung am 7. Januar 1920 gab Kollege Grecht den Jahresgeschäftsbericht. Es wurden 14 Mitgliederbesammlungen, 1 Generalversammlung pro Monat und 1 Vorstandssitzung abgehalten. Der Versammlungsbesuch ließ im allgemeinen zu wünschen übrig. Hieraus gab Kollege Claus den Kassierenbericht. Wir hatten eine Einnahme von 8180,95 M und eine Ausgabe von 1076,89 M. Außerdem wurde an Streitgeld für 38 Kollegen 1339 M ausgezahlt.

Hilben. Am Sonntag, den 11. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Die Kollegen waren trotz des schlechten Wetters eingermäßen zufriedenstellend erschienen. Ebenfalls nahm Kollege Meister aus Düsseldorf an der Versammlung teil. Vor dem Kriege war in Hilben nur eine Vertrauensstellung unseres Verbandes, während des verfloßenen Jahres konnte infolge der rührigen Tätigkeit des Vorstandes eine Ortsgruppe ins Leben gerufen werden. Kollege Hornemann schilberte, wie schwer es sei, sich in Hilben durchzusetzen, zumal der sozialdemokratische Terror oft die wunderbarsten Blüten zeige. Durch die Tiefbauarbeiten an der Bahn sei allerhand Material nach hier gekommen, welches aber nur vorübergehend für den Verband in Frage käme. Dadurch sei die Fluktuation auch groß gewesen. Der jetzige Mitgliederbestand sei aber als Stamm anzusehen, und könne man darauf aufbauen. Ueber die notwendige Beitragserhöhung sprach Kollege Meister. Die Forderung auf allen Gebieten habe auch die Verwaltungskosten stark beeinflusst. Die festgelegten Satzungen sind weit überholt und passen nicht mehr für den jetzigen Zustand. Die Beitragssätze müsse für gelehrte und ungelehrte Berufs eine einheitliche sein, damit auch die Unterstützung die gleiche sei. Die Beiträge sind somit auf 1,60 M festgesetzt worden. Zum Ausschuß (Behördenrat) fürs Kartell meldete sich freiwillig Kollege Rodermund. Der Vorsitzende machte nochmals aufmerksam auf den Hilfsdienst für die notleidenden Kinder in Oesterreich, und bat die Kollegen, bei Spendenabgabe auch ein Scherlein opfern zu wollen. Zum Vorstand wurden gewählt resp. wiedergewählt: 1. Vorsitzender Pet. Müller, 2. Leo Rohman, 1. Kassierer Wilh. Hornemann, 2. Kassierer Joh. Götzer, 1. Schriftführer Karl Rodermund, 2. Schriftführer Ad. Ott. Zum Hilfskassierer wurde noch Kollege Strohm gewählt. Es wurde sodann noch ein Fall behandelt, der so recht die moralische Verkommenheit der sozialistischen Arbeitsbrüder im hellsten Licht erstrahlen läßt. In einer Volkvereinsversammlung, in der über die christliche Schule geredet wurde, hatten die Genossen eine Anzahl Kinder und kaum der Schule entwachsene nicht einer roten Fahne mit zum Versammlungsort gebracht. Da Redezeit zugiechert war, mußten die Kinder, wenn ein Genosse redete, den notwendigen Beifall klatschen. Am Schluß der Versammlung versuchte man, mit der roten Fahne durchs Lokal zu gehen, doch mußte die Fahne zum Kerzer der „Sozi“ ihren Weg unter den Tischen durchnehmen. Eine Lehrerin hatte bei dieser Gelegenheit ein kleines Mädchen zur Rede gestellt, und diese Angelegenheit wurde am nächsten Morgen auf dem Arbeitsplatz zur Aktion gemacht. Der Genosse Dorschoff titulierte die Lehrerin eine „Sau“. Kollege Hornemann erklärte, daß es sich hier um eine Lehrerin handelte, die Kinder zur Begehung erzieht, da müsse man wohl vorsichtig sein. Er konnte nicht zugeben, daß man der guten Kamerad so in den Hintern sieht. Der Genosse schimpfte aber in demselben Ton weiter. Nachmittags forderte Hornemann den Genossen auf, diese Unsitte zurückzunehmen, doch ging es erst recht los. Was hat Hornemann die Saue zur Kenntnis gebracht, und die Lehrerin hat darauf wegen Verleumdung verklagt. Sie hat man auf Mord. Das Arbeit nicht zulassen, hat man man sich nicht. Man hat eine kleine „Johanna“ von der Genossen beschaffen, Hornemann zu sehen und sie nicht mehr als Saue zu betrachten. Die Generalversammlung nahm Kenntnis von diesen Verhältnissen, und beschloß dem Kollegen Hornemann für sein tapferes und geschicktes Auftreten das höchste Vertrauen auszusprechen. Er ist jeder Saue so unheimlich, denn jeder ist in unserer Richtung besser zu unserer Saue. Damit soll die unheimliche Verleumdung der Saue...

und zwar sei durch einzelne Verhandlungen der Lohn von 1,05 M auf 2,20 M gestiegen. Dies sei zwar ein schöner Erfolg, aber durch die andauernde Preissteigerung sei eine weitere Lohnerhöhung unbedingt erforderlich. Der Mitgliederbestand hat sich etwas gehoben, aber der Versammlungsbesuch lasse sehr viel zu wünschen übrig, trotzdem sich der Vorstand die größte Mühe gebe, die Versammlungen zu beleben. Es haben 12 Mitgliederbesammlungen, 13 Vorstandssitzungen und 4 Vertrauensmännerbesammlungen stattgefunden. Ausnahmen waren 28 zu verzeichnen, 2 Mitglieder sind vom Willkür zurückgenommen. Als Reineinnahmen der Verwaltungsstelle betrugen 976,24 M, der Kassenbestand vom vorigen Jahre 406,30 M. Die Ausgaben einschließlich der in bar an die Hauptkasse gesandten Gelder betrugen 1211,45 M. Von der Ausgabe gingen an die Hauptkasse insgesamt 475,70 M. Die einzelnen Ausgaben betrugen: für Rechtsschutz 20 M, für Krankenunterstützung 188,10 M, für Arbeitslosenunterstützung 14 M, für Sterbeunterstützung 72 M, insgesamt 294,10 M. Die lokalen Ausgaben betrugen 441,65 M. Im Punkt 2 wurden folgende Kollegen gewählt: Vorsitzender Kollege G. Jinter, Kassierer Kollege H. Urban, Schriftführer Kollege A. Ochs. Als Revisoren die Kollegen H. Tschente und J. Scharf, als Hauptkassierer H. Dreßlich. Zu Punkt 3 hielt Kollege Müller einen kurzen Vortrag über die Entwicklung unseres Verbandes und die politische soziale Lage im allgemeinen. Im Punkt 4 wurden noch verschiedene Verbandangelegenheiten erledigt. Hierauf Schluß der Generalversammlung.

Bedum. Am 6. Januar fand in der Wirtschaft Samson-Friedrich unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden, Kollegen Spiggelwiler, eröffnet. Auf der Tagesordnung stand 1. Vorstandswahl, 2. Beitragserhöhung, 3. Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, hieß unser Kollege Spiggelwiler alle anwesenden Kollegen herzlich willkommen und ermahnte sie, recht oft und zahlreich die Mitgliederbesammlungen zu besuchen, weil das der Ort sei, wo man die Arbeitsangelegenheiten am besten besprechen könnte. Es wurde nun zum Punkt 1 der Tagesordnung übergegangen. Die Vorstandsmittglieder wurden einstimmig wiedergewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Spiggelwiler, als 2. Kollege Bester, 1. Kassierer Kollege Gaverkamp, als 2. Kollege Höder, Schriftführer Kollege Studmann, als Revisoren die Kollegen Stemmig und Wöschel, Schlichtungskommission die Kollegen Bredt und Spiggelwiler. Sämtliche gewählten Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Sie werden nach besten Kräften bemüht sein, die Interessen der Verwaltungsstelle zu vertreten. Im 2. Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, den Beitrag auf 1,10 M für die Zentrale und 40 Pf. für die Lokalfasse festzusetzen. Im Punkt Verschiedenes wurde dann noch beschlossen, die Mitgliederbesammlungen jeden ersten Sonntag im Monat abzuhalten. Darauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Immingenrode (Wiesfeld). Am 4. Januar hielt die hiesige Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab an Hand der verkauften Marken einen kurzen Bericht vom Jahre 1919 und stellte fest, daß, nachdem nun alle Kollegen wieder aus der Fremde an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sind, die hiesige Ortsgruppe 35 Mitglieder zählt. Es wurde dann einstimmig beschlossen, am 18. Januar ein Wintervergügen abzuhalten hauptsächlich zu dem Zweck, die jüngeren und noch nicht angeschlossenen Kollegen für unseren Verband zu gewinnen; deshalb wurde auch gewünscht, daß unser Gewerkschaftssekretär, Kollege Karl Diederich in Duderstadt, uns zu dem Vergügen die Freizeid hält, welche er uns inzwischen auch bereitwillig zugesagt hat. Es wurde dann zur Vorstandswahl geschritten, welche auf Antrag schriftlich vorgenommen wurde. Es wurden gewählt: Kollege Karl Vordardt als Vorsitzender, Kollege Albrecht Vordardt als Kassierer, Kollege Wilhelm Vichtenberg als Schriftführer. Mit dem Wunsche, daß unser Verband auch weiterhin erstarken möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schwern a. d. Warthe. Am Sonntag, den 4. Januar, nachm. 2 Uhr, fand im Lokale des Herrn D. Schulz unsere diesjährige Generalversammlung statt. Es erschienen 34 Mitglieder. Zur Tagesordnung gehörten: 1. Vorstandswahl, 2. Protokollschreiben an den Magistrat zu Schwern a. d. Warthe, 3. Sammlung für die Deutsch-Oesterreicher, 4. Vergügen, 5. Verschiedenes. Es wurden in den Vorstand gewählt: die Kollegen Gregor Engelmann als Vorsitzender, Paul Hiert als Stellvertreter, Amundus Hamble als Hauptkassierer, Franz Nietert als Stellvertreter, Albert Reihner als Schriftführer, Paul Charneck als Stellvertreter; die Kollegen Albert Kleinmann und Robert Schön als Revisoren; Emil Freyer als Hauptkassierer, Johann Wolf, Johann Engelmann, Robert Schön und Paul Charneck als Kartelldelegierte. In die Lokalkommission wurden gewählt die Kollegen Albert Hensch, Hermann Fabian, Amundus Hamble. Als Entschädigung wurden bewilligt: dem 1. Vorsitzenden pro Jahr 20 M (bisher 12 M), dem Hauptkassierer 50 M (bisher 20 M), dem Schriftführer 20 M (bisher 12 M), dem Hauptkassierer pro Marke und Zeitung 7 Pf. (bisher 5 Pf.). Zu Punkt 2 führte Kollege Johann Engelmann an, daß der Magistrat in hiesiger Stadt überhandnehme, und daß wir nicht mehr länger dem Treiben der Handwirte stillschweigend gegenübersehen dürfen. Er gab der Versammlung Kenntnis von dem Protokollschreiben an den Magistrat von Seiten des gemeinsamen Kartells. Zu Punkt 3 wurden den Deutsch-Oesterreichern 50 M aus der Lokalfasse der Zahlstelle Schwern a. d. Warthe gesendet, außerdem noch das Kartell freiwillige Spenden der Mitglieder entgegenzunehmen und den Betrag gemeinschaftlich zu verwenden. Zu Punkt 4 vergügen, anwesenden Kollegen den Wunsch zu einem gemeinsamen Fest. Es wurde dann beschlossen, am 21. Januar im Lokal des Herrn Emil Reihner ein christliches Gewerkschafts-

zu veranstalten. Ferner wurden von Seiten des Kartells 10 Kollegen zum Vergütungskomitee gewählt, die das Weitere veranlassen sollen. Zu Punkt 5 ermahnte der Vorsitzende zum kollegialen Entgegenkommen der Mitglieder untereinander, damit unsere Zahlstelle sich weiter gut entwickle, und dankte für das zahlreiche Erscheinen Gossach (Württemberg). Am Sonntag, den 4. Januar fand im Gasthaus „Zum Rad“ eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Als Redner war Kollege Geurich aus Freiburg erschienen. Der Vorsitzende, Kollege Hagenmaier begrüßte es, daß es endlich einmal wahr geworden sei, unseren Bezirksleiter in unserer Zahlstelle zu sehen. Kollege Geurich legte dann den Kollegen klar, warum er die Zahlstelle Gossach so lange warten lassen mußte, von 1. Februar ab ein freigestellter Kollege nach Ulm kommen, der dann den Bezirk vertritt. Kollege Geurich hielt hierauf einen zweistündigen Vortrag über den Neuaufbau unserer Vaterlandes. In der darauf folgenden Diskussion beantwortete er noch verschiedene Anfragen über die kommende Wirtschaftsbetlage, einen etwaigen Staatsbankrott und über die Arbeitslosenunterstützung. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Hagenmaier, dem Kollegen Geurich für seinen interessanten Vortrag gedankt hatte, schloß er die öffentliche Versammlung und forderte die Mitglieder unserer Zahlstelle auf, sich noch an einer kurzen Besprechung zu beteiligen, in der dann der neue Beitrag für das erste Quartal beschlossen wurde. Es wurde vorerst ein Beitrag von 1,30 M festgesetzt, 90 Pf. für die Zentrale und 40 Pf. für die Lokalfasse. Unsere Zahlstelle zählt noch 25 Mitglieder gegen 80 vor dem Kriege. Durch den Krieg haben wir 13 Kollegen verloren, 11 sind gefallen und zwei in den Lazaretten gestorben. Das ist ein schwerer Verlust für unsere Zahlstelle, und es wird wohl wenig geben, die so hart getroffen wurden; es kommt eben daher, daß wir fast lauter jüngere Kollegen haben, so daß fast sämtliche Mitglieder der Zahlstelle im Kriegsdienst waren, und zwar bis auf drei Kollegen. Wir werden den Gefallenen ein teures Andenken bewahren. In nächster Zeit soll in unserer Gegend eine größere Agitations-tätigkeit stattfinden. Trage jeder Kollege dazu bei, daß die christliche Organisation auch in unserer Gegend sich immer mehr ausbreitet.

### Bücherchau

Der Bauverein. Ein Handbüchlein zur Gründung und für Leiter von Baugenossenschaften. Von Michael Gasteiger. Verlag des Bayerischen Genossenschaftskartells, München 28, Vestalozgstraße 28. 68 Seiten. (Preis 2,50 M.) In unserer Zeit der Wohnungsnot schießen Bauvereine aller Art, die dem Wohnungsmangel abhelfen sollen, wie Pilze aus der Erde. Vielfach fehlt es bei der Bildung derartiger Vereine an den notwendigen Erfahrungen und Kenntnissen. Nur zu häufig — und das wird sich in der Folge zeigen — werden deshalb die Wohnungsbedürftigen, die sich in den neuen Bauvereinen zusammenschließen, geschäftlich interessierter Architekten und Grundstücksbesitzer. Soll die Wirksamkeit der Bauvereine jedoch eine wirklich gemeinnützige sein, so ist die Vorbedingung dafür das Vertrauensverhältnis vor allem der leitenden Personen, mit der baugenossenschaftlichen Praxis. Das Gasteiger'sche Buch ist eine erste Einführung in den praktischen Betrieb des Baugenossenschaftswesens. Von der richtigen Erkenntnis ausgehend, daß die Genossenschaftsform für alle Bauvereine, die sich auf die Wohnungsbedürftigen selbst stützen, die geeignetste Form des Bauvereins ist, behandelt Gasteiger lediglich diese Art. Als Vorsitzender des Bayerischen Genossenschaftskartells, des Revisionsverbandes bayerischer Baugenossenschaften, schreibt der Verfasser bei seinen Darlegungen aus eigenen Erfahrungen. Das verleiht dem Buch besonderen Wert. Die Schrift kann allen, die sich mit dem Wohnungsproblem beschäftigen und sich für die Abheilung der Wohnungsnot durch die Selbsthilfe der Wohnungsbedürftigen interessieren, bestens empfohlen werden. In erster Linie wird die Schrift ihren Abz. in Bayern finden, da die bayerischen Verhältnisse durch Verfügung wichtiger ministerieller Verordnungen besonders berücksichtigt sind.

# Gemeinnützige



## Deutsche Volksversicherung

des

### Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands

Am Sonntag, den 12. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Die Kollegen waren trotz des schlechten Wetters eingermäßen zufriedenstellend erschienen. Ebenfalls nahm Kollege Meister aus Düsseldorf an der Versammlung teil. Vor dem Kriege war in Hilben nur eine Vertrauensstellung unseres Verbandes, während des verfloßenen Jahres konnte infolge der rührigen Tätigkeit des Vorstandes eine Ortsgruppe ins Leben gerufen werden. Kollege Hornemann schilberte, wie schwer es sei, sich in Hilben durchzusetzen, zumal der sozialdemokratische Terror oft die wunderbarsten Blüten zeige. Durch die Tiefbauarbeiten an der Bahn sei allerhand Material nach hier gekommen, welches aber nur vorübergehend für den Verband in Frage käme. Dadurch sei die Fluktuation auch groß gewesen. Der jetzige Mitgliederbestand sei aber als Stamm anzusehen, und könne man darauf aufbauen. Ueber die notwendige Beitragserhöhung sprach Kollege Meister. Die Forderung auf allen Gebieten habe auch die Verwaltungskosten stark beeinflusst. Die festgelegten Satzungen sind weit überholt und passen nicht mehr für den jetzigen Zustand. Die Beitragssätze müsse für gelehrte und ungelehrte Berufs eine einheitliche sein, damit auch die Unterstützung die gleiche sei. Die Beiträge sind somit auf 1,60 M festgesetzt worden. Zum Ausschuß (Behördenrat) fürs Kartell meldete sich freiwillig Kollege Rodermund. Der Vorsitzende machte nochmals aufmerksam auf den Hilfsdienst für die notleidenden Kinder in Oesterreich, und bat die Kollegen, bei Spendenabgabe auch ein Scherlein opfern zu wollen. Zum Vorstand wurden gewählt resp. wiedergewählt: 1. Vorsitzender Pet. Müller, 2. Leo Rohman, 1. Kassierer Wilh. Hornemann, 2. Kassierer Joh. Götzer, 1. Schriftführer Karl Rodermund, 2. Schriftführer Ad. Ott. Zum Hilfskassierer wurde noch Kollege Strohm gewählt. Es wurde sodann noch ein Fall behandelt, der so recht die moralische Verkommenheit der sozialistischen Arbeitsbrüder im hellsten Licht erstrahlen läßt. In einer Volkvereinsversammlung, in der über die christliche Schule geredet wurde, hatten die Genossen eine Anzahl Kinder und kaum der Schule entwachsene nicht einer roten Fahne mit zum Versammlungsort gebracht. Da Redezeit zugiechert war, mußten die Kinder, wenn ein Genosse redete, den notwendigen Beifall klatschen. Am Schluß der Versammlung versuchte man, mit der roten Fahne durchs Lokal zu gehen, doch mußte die Fahne zum Kerzer der „Sozi“ ihren Weg unter den Tischen durchnehmen. Eine Lehrerin hatte bei dieser Gelegenheit ein kleines Mädchen zur Rede gestellt, und diese Angelegenheit wurde am nächsten Morgen auf dem Arbeitsplatz zur Aktion gemacht. Der Genosse Dorschoff titulierte die Lehrerin eine „Sau“. Kollege Hornemann erklärte, daß es sich hier um eine Lehrerin handelte, die Kinder zur Begehung erzieht, da müsse man wohl vorsichtig sein. Er konnte nicht zugeben, daß man der guten Kamerad so in den Hintern sieht. Der Genosse schimpfte aber in demselben Ton weiter. Nachmittags forderte Hornemann den Genossen auf, diese Unsitte zurückzunehmen, doch ging es erst recht los. Was hat Hornemann die Saue zur Kenntnis gebracht, und die Lehrerin hat darauf wegen Verleumdung verklagt. Sie hat man auf Mord. Das Arbeit nicht zulassen, hat man man sich nicht. Man hat eine kleine „Johanna“ von der Genossen beschaffen, Hornemann zu sehen und sie nicht mehr als Saue zu betrachten. Die Generalversammlung nahm Kenntnis von diesen Verhältnissen, und beschloß dem Kollegen Hornemann für sein tapferes und geschicktes Auftreten das höchste Vertrauen auszusprechen. Er ist jeder Saue so unheimlich, denn jeder ist in unserer Richtung besser zu unserer Saue. Damit soll die unheimliche Verleumdung der Saue...